

Wahlprüfsteine Wetterau-im-Wandel

Antworten der CDU Hessen

1. Vorgaben zu CO²-Emissionen

Plant Ihre Partei für das Land Hessen, bezogen auf 2020, 2030, 2040, Vorgaben hinsichtlich der prozentualen Reduktion von Kohlendioxid zu machen? Welche weiteren Maßnahmen wird Ihre Partei durchsetzen wollen, um Hessens CO²-Emissionen entsprechend des Pariser Ziels zu begrenzen?

Mit welchen Anreizen können Kreise und Gemeinden dazu gebracht werden, ihre jeweiligen Anteile zu erfüllen?

Die seitens der Hessischen Landesregierung beschlossenen Ziele zur Reduzierung von Klimagasemissionen werden wir einhalten. Bis zum Jahr 2050 soll Hessen klimaneutral sein, die Emissionen der Treibhausgase sollen mindestens um 90% gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Mittelfristig wird Hessen bis 2020 die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 30 Prozent und bis zum Jahr 2025 um 40 Prozent senken.

Dies sind sehr ambitionierte Ziele, mit denen Hessen seiner besonderen Verantwortung gerecht wird und seinen Beitrag zu den weltweiten Verabredungen und zu europäischen und bundesweit eingegangenen Verpflichtungen leistet.

Den in der vergangenen Legislaturperiode von der Landesregierung beschlossenen „Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025“ mit 140 konkreten Maßnahmen werden wir konsequent umsetzen. Bereits jetzt hat die Regierungskoalition zur Umsetzung dieses Plans Finanzmittel in Höhe von rund 140 Millionen Euro bereitgestellt und damit bereits 42 prioritäre Maßnahmen in die Umsetzung gebracht.

Wir setzen dabei vor allem auf Information und Anreize für Bürger und Wirtschaft, die Nutzung von Effizienzpotenzialen und den Ausbau von klimafreundlicher Mobilität und attraktive Angebote. Auch Maßnahmen zur Klimaanpassung sind aus unserer Sicht wichtig, um Hessen auf unvermeidliche Änderungen der klimatischen Bedingungen anzupassen.

Mittelfristig werden auch die weiteren Maßnahmen, die bisher noch nicht in der konkreten Umsetzung sind, angegangen.

Im weiteren Ausbau des Angebots eines leistungsstarken und bedarfsgerechten Öffentlichen Personennahverkehrs sehen wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Mit innovativen Maßnahmen wie dem erfolgreichen Schülerticket und dem Landesticket für alle Landesbeschäftigten haben wir den ÖPNV bereits für viele Personen attraktiver gemacht. Mit vielfältigen Maßnahmen werden wir diesen Weg fortsetzen. Die Förderung eines klimafreundlichen Verkehrs in den ländlichen Regionen gehört untrennbar dazu.

Wir werden weiter klimafreundliche und emissionsarme Fahrzeuge und Mobilitätsangebote – insbesondere im ÖPNV und im Güterverkehr – fördern.

Das Projekt der CO2-neutralen Landesverwaltung werden wir weiter forcieren, um das Land beim Klimaschutz in allen Bereichen zum Vorbild und Vorreiter zu machen – von der Gebäudestruktur über Mobilitätsangebote bis zur Beschaffung.

Eingeleitete Maßnahmen zur Stärkung der Klima-Bildung und der Vermittlung von Informationen und Kompetenzen zum Klimaschutz und Klimawandel werden wir fortsetzen und zu gegebener Zeit evaluieren.

Wir wollen Hessens Rolle als Vorreiter in der Klimaanpassungsforschung und Klimaentwicklung stärken. Die Aufgabe der Anpassung an veränderte Umweltbedingungen erfordert in vielen Gesellschaftsbereichen Anpassungsmaßnahmen, die wir wissenschaftlich fundieren und Schritt für Schritt umsetzen werden. Die bereits vorhandenen Forschungsstellen wollen wir besser vernetzen und zum zentralen Anlaufpunkt für intelligente Klimaanpassung machen.

Landesplanerische Maßnahmen zur Klimaanpassung, wie z.B. der klimagerechte Aus- und Umbau der Infrastruktur (ÖPNV, Gebäudeinfrastruktur, öffentliche Räume, Hochwasserschutz usw.), wird eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre sein. Wir wollen hier als Land vorangehen und private Investoren unterstützen.

In diesem Zuge bestehen auch vielfältige Angebote an die kommunalen Gebietskörperschaften. Das Programm „100 Kommunen für den Klimaschutz“ ist stark nachgefragt. Das Land berät und unterstützt – unter anderem durch die neu gegründete Landesenergieagentur – Kreise und Gemeinden bei der Erstellung von Energiekonzepten. Für Maßnahmen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien stehen Beratungs- und Moderationsangebote bereit.

2. Verkehr

Welche Regelungen zur Verkehrswende (weg vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Personennahverkehr) wird Ihre Partei politisch fordern? Welche Maßnahmen sieht ihre Partei darüber hinaus vor, den CO2- und Schadstoffausstoß des Sektors Verkehr in Hessen systematisch zu vermindern?

Konkrete Beispiele:

Gedenkt Ihre Partei, e-car-sharing zu fördern und wenn ja, wie?

Welche Techniken im Bereich der e-Mobilität wird Ihre Partei auf Landesebene fördern?

Wie sieht die zugehörige Infrastruktur aus und wie soll diese in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden?

Wie hoch wird die Förderung von Konzepten wie dem Bürgerbus sein?

Unser langfristiges Ziel sind generell klimaneutrale Antriebstechnologien. Auf unsere Initiative hin wurde der ursprüngliche Entwurf für ein Mobilitätsfördergesetz dahingehend geändert, dass unter die förderfähigen Vorhaben auch die Beschaffung von Kraftomnibussen fällt, die ihre Antriebsenergie überwiegend aus einer Batterie

oder einer Brennstoffzelle beziehen. Der ursprüngliche Entwurf hatte sich auf „elektrisch betriebene“ Kraftomnibusse beschränkt. Durch diese Änderungen ist es aus unserer Sicht möglich geworden, auch andere marktfähig weiterentwickelte Antriebstechnologien zu fördern. Dazu gehört unter bestimmten Voraussetzungen aus unserer Sicht auch Erdgas (z. B. als Biogas bzw. als Ergebnis von P2G-Prozessen). Um die Wirkungen dieser Neuregelung zu überprüfen wurde überdies vereinbart, die Regelung nach drei Jahren einer Evaluation hinsichtlich des Förderkataloges zu unterziehen.

Die CDU Hessen will Elektromobilität in allen Bereichen fördern. Unser langfristiges Ziel ist die generelle klimaneutrale Antriebstechnik. Als ersten Schritt sorgen wir für einen flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur mit einem freien Wettbewerb der Stromanbieter. So stehen in diesem Jahr rund 1,5 Millionen Euro und im kommenden 2 Millionen Euro für den Ausbau der Ladeinfrastruktur bereit. Allein im vergangenen Jahr sind in Hessen auch dank dieser Fördermittel rund 200 öffentlich zugängliche Ladesäulen errichtet worden. In einem weiteren Schritt werden nun auch 40 Prozent der Investitionskosten für die Aufstellung von Ladesäulen auf Betriebsgeländen erstattet. Insgesamt stellt die CDU-geführte Landesregierung in diesem Jahr für Elektromobilität 6,8 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu kommen 5 Millionen Euro für die Anschaffung von Elektrobussen einschließlich der hierzu erforderlichen Ladeinfrastruktur.

Auch andere alternative Antriebstechnologien müssen nach unserer Überzeugung geprüft und weiterentwickelt werden. Dies schließt eine konsequente Umsetzung des Nationalen Investitionsprogrammes für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) sowie dessen Verstärkung durch Landesmaßnahmen ein. Hierzu soll auch eine Anschubförderung für den Netzausbau von Wasserstofftankstellen beitragen.

Neben dem regulären ÖPNV sowie den flexiblen Bedienungsformen (Anruf-Sammeltaxi, Rufbus) tragen Bürgerbusse zur Mobilitätssicherung in ländlichen Gebieten bei. Um freiwillig Engagierten / Ehrenamtlichen die Einführung und den Betrieb von Bürgerbussen zu erleichtern, fördert das Land Hessen Bürgerbusprojekte in 2018 und 2019 im Rahmen der Offensive „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“ durch Beratung (Know-how-Transfer) und Sachleistungen. Zentraler Bestandteil der Förderung sind Kleinbusse, die den Vereinen/Initiativen/Gruppen als Anschubfinanzierung für ihr Projekt vollständig übereignet werden.

3. Energie-Effizienz

Welche landespolitischen Maßnahmen und Regelungen befürwortet Ihre Partei, um die Energie-Effizienz bei landeseigenen Bauten und darüber hinaus bei allen Gewerbe- und Wohnbauten in Hessen zu fördern?

Auf Heizung, Warmwasser und Beleuchtung für öffentliche und private Gebäude in Deutschland belaufen sich nach Schätzungen rund 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Zugleich werden in privaten Haushalten rund 85 Prozent

des gesamten Energiebedarfs für Heizung und Warmwasser eingesetzt. Eine Ursache hierfür ist der weiterhin hohe Sanierungsbedarf im Gebäudebestand. Schon heute erfolgt die Förderung der energetisch optimierten Modernisierung von Gebäuden zum Passivhaus im Bestand entlang der Richtlinie des Landes Hessen zur energetischen Förderung im Rahmen des Hessischen Energiegesetzes (HEG). Für hocheffiziente Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen an/in größeren Mietwohngebäuden wird in Ergänzung zu den KfW-Programmen ein zusätzlicher Tilgungszuschuss von 5 Prozent bei der energetischen Modernisierung und 3,5 Prozent bei energieeffizientem Neubau gewährt.

Wir wollen Einsparpotentiale durch finanzielle und steuerliche Anreize, etwa für energetische Sanierungen, fördern. Dabei ist auch der Ausbau von Nahwärmenetzen zu berücksichtigen. Wir halten an dem Ziel fest, die jährliche energetische Sanierungsquote im Gebäudebestand zu steigern.

4. Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien

Welche Regelungen in der Hessischen Bauordnung befürwortet Ihre Partei, um zu erreichen, dass Wärme vermehrt klimaneutral erzeugt wird? Befürwortet Ihre Partei eine gesetzliche Pflicht, bei größeren Gewerbebauten den Einbau von Photovoltaik rechtlich zu verlangen.

Tritt Ihre Partei für ein Programm ein, mit dem energiesparende Geräte gefördert werden?

Was hält Ihre Partei von Sozialrabatten auf Stromtarifen?

Welche Maßnahmen will Ihre Partei für die vielen Windkraftanlagen in Hessen ergreifen, die ab Ende 2020 aus dem EEG laufen und nicht repowered werden dürfen, technisch in Ordnung sind, aber sich im „Markt“ nicht gegen Braunkohle- und Atomstrom behaupten können?

Auf Heizung, Warmwasser und Beleuchtung für öffentliche und private Gebäude in Deutschland belaufen sich nach Schätzungen rund 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Zugleich werden in privaten Haushalten rund 85 Prozent des gesamten Energiebedarfs für Heizung und Warmwasser eingesetzt. Eine Ursache hierfür ist der weiterhin hohe Sanierungsbedarf im Gebäudebestand. Schon heute erfolgt die Förderung der energetisch optimierten Modernisierung von Gebäuden zum Passivhaus im Bestand entlang der Richtlinie des Landes Hessen zur energetischen Förderung im Rahmen des Hessischen Energiegesetzes (HEG). Für hocheffiziente Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen an/in größeren Mietwohngebäuden wird in Ergänzung zu den KfW-Programmen ein zusätzlicher Tilgungszuschuss von 5 Prozent bei der energetischen Modernisierung und 3,5 Prozent bei energieeffizientem Neubau gewährt.

Wir wollen Einsparpotentiale durch finanzielle und steuerliche Anreize, etwa für energetische Sanierungen, fördern. Dabei ist auch der Ausbau von Nahwärmenetzen zu berücksichtigen. Wir halten an dem Ziel fest, die jährliche energetische Sanierungsquote im Gebäudebestand zu steigern. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Verwendung von Photovoltaik lehnen wir ab. Richtig wäre es, die Stromkosten generell zu senken. Der Ausschreibungswettbewerb im EEG ist hierfür der richtige

Weg und der erste Schritt, um vollständig die Förderung von Neuanlagen zu beenden.

Die KWK ist aus Sicht der CDU Hessen nach wie vor ein hocheffizientes Modell, das zentraler Bestandteil eines erfolgreichen Umbaus der Energieversorgung, nicht nur mit Blick auf den Gebäudebestand bzw. die Privathaushalte, ist. Nur mit einer offensiven Mobilisierung der Erneuerbaren-Energien-Wärme-Potentiale sowie der Effizienzpotentiale im Gebäudebereich kann dieser Umbau gelingen. Deswegen ist es wichtig, dass die KWK weiterhin gefördert wird, z. B. durch eine anteilige Befreiung von der EEG-Umlage. Sie muss auch für moderne Anlagen fortgesetzt werden. Des Weiteren halten wir eine pauschale, von der Anlagengröße unabhängig Kürzung, wie sie im Sommer diskutiert wurde, für nicht gerechtfertigt. Daher werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die entsprechenden Pläne nicht umgesetzt werden

Für Anlagen, die absehbar aus der Förderung laufen, eröffnen sich bereits heute unterschiedliche Möglichkeiten am Markt, um die technische Betriebsdauer einer Windenergieanlage auszuschöpfen. Eine gängige Möglichkeit sind sicherlich sog. „Power Purchase Agreements (PPA)“. Eine weitere Möglichkeit stellt der Verkauf der Anlage an einen Investor da, der durch die Bündelung von Anlagepaketen und Synergieeffekte Standorte auch ohne Förderung gewinnbringend betreiben kann und auch die Entsorgungspflicht übernimmt. Ein staatliches Eingreifen ist aus unserer Sicht an dieser Stelle nicht erforderlich.

5. Landwirtschaft

Welche Regelungen schlägt Ihre Partei vor, damit die konventionelle Landwirtschaft umweltverträglicher wird, die industriell betriebene Massentierhaltung reduziert wird sowie der Anteil an lokal erzeugten Bio-Produkten ausgeweitet wird?

Die CDU Hessen ist seit jeher die Partei des ländlichen Raums und der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft in Hessen verdient unsere größte Wertschätzung. Sie arbeitet nach höchsten internationalen Standards, produziert hochwertige regionale Lebensmittel, prägt unsere Kulturlandschaft und trägt substanziell zu Umwelt-, Arten- und Klimaschutz in Hessen bei. Die mittelständische, familienbetriebene, bäuerliche Landwirtschaft verdient dabei unsere besondere Unterstützung und soll in Hessen weiterhin führend sein. Durch umfassende und vielseitige Förderangebote im Rahmen der Zweiten Säule der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik wollen wir sicherstellen, dass die vielfältigen Umweltleistungen der Landwirte honoriert und Landwirte dazu ermuntert werden, besonders umweltschonend und im Sinne von Tierschutz, Artenschutz, Bodenschutz und Klimaschutz zu wirtschaften.

Konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind nach unserer Überzeugung gleichwertig. Es obliegt der freien Entscheidung der Bauern, ob sie konventionell-

nachhaltig oder unter den besonderen Bedingungen „ökologisch“ produzieren möchten. Diese Entscheidungsfreiheit ist für uns als CDU Hessen zentral.

Eine besondere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ist für uns dort gerechtfertigt, wo betriebliche Mehraufwendungen zum konkreten Schutz von Umwelt-, Artenschutz, Boden- oder Wasserschutz getätigt werden.

Die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung des ökologischen Landbaus wird die CDU Hessen aus Gründen der Planungssicherheit der Ökolandwirte und zur Sicherstellung einer echten Wahlfreiheit aller Betriebe vollumfänglich beibehalten.

Der Trend zu regional produzierten Lebensmitteln ist eine große Chance – insbesondere für die kleinräumig und bäuerlich strukturierte Landwirtschaft, deren Erhalt ein wesentliches Anliegen der CDU Hessen ist.

Direktvermarktung und die regionale Vermarktungsstrukturen wollen wir unterstützen. Die Marketing-Gesellschaft „GUTES AUS HESSEN“, und regionale Strukturen wollen wir dafür stärken und insbesondere mehr private Partner einbinden. Die Etablierung und Finanzierung eines Wertschöpfungskettenmanagements bei der Marketing-Gesellschaft war hierzu ein wichtiger Schritt.

Damit regionale Wertschöpfungsketten erhalten bleiben können, setzen wir uns für eine dezentrale Versorgung mit den notwendigen Verarbeitungsbetrieben ein. Insbesondere wollen wir die Vielfalt der Molkereibetriebe erhalten und wenn möglich ausbauen und – auch aus Tierschutzgründen – für ausreichende Kapazitäten von Schlachthöfen sorgen und dezentrale Schlachtungen erleichtern.

Die Ökomodellregionen werden wir zu Modellregionen für die Stärkung der regionalen Vermarktung aller landwirtschaftlichen Produkte ausbauen und flächendeckend umsetzen.

„Industriell betriebliche Massentierhaltung“ findet in Hessen nicht statt. Wir legen großen Wert darauf, dass die hohen Standards für die Haltung von Nutztieren in Hessen überall gewährleistet werden.

6. Bodenschutz

Tritt Ihre Partei dafür ein, dass hochwertiger Ackerboden nur in extremen Ausnahmefällen für die Ansiedlung von Gewerben oder Wohnsiedlungen genutzt werden darf? Welche rechtlichen Regelungen verfolgt Ihre Partei insoweit?

Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs wollen wir – auf Grundlage des „Zukunftspakts hessische Landwirtschaft“ – mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand ein Maßnahmenbündel vereinbaren.

Dazu gehört für die CDU Hessen unter anderem:

- Die Stärkung des Prinzips der Innenentwicklung, wozu bereits vielfältige Maßnahmen unternommen wurden, um Nachverdichtungen, Aufstockungen usw. voranzubringen.
- Klare Vorgaben in der Landes- und Regionalplanung, die landwirtschaftliche Vorzugsgebiete gegen Flächenkonkurrenz schützen.
- Die drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs durch naturschutzrechtlichen Ausgleich durch einen wirkungsvollen Ökopunktehandel und eine Fokussierung auf produktionsintegrierte Ersatzmaßnahmen und Ersatzgeld.
- Die strikte Anwendung der Flächenschonklausel des Bundesnaturschutzgesetzes.
- Der Abbau naturschutzrechtlicher Restriktionen der landwirtschaftlichen Produktion.

7. Wasserschutz

Welche landespolitische Initiativen wird Ihre Partei verfolgen, um eine vierte Reinigungsstufe in hessischen Kläranlagen wirtschaftlich möglich zu machen, damit Reste von Medikamenten, Hormonen u.ä. Spurenstoffen abgefiltert werden können?

Welche Präventivmaßnahmen (z.B. Rückhaltesysteme in Krankenhäusern) hält Ihre Partei für sinnvoll?

Was will Ihre Partei tun, um die Nitratbelastung des Grundwassers zu reduzieren?

Beim Schutz der Gewässer wollen wir dem Vorsorgegedanken konsequenter als bisher Rechnung tragen und den Fokus auf Eintragsvermeidungsstrategien legen. Wir werden einen vielschichtigen Ansatz verfolgen, Schwerpunkte von Rückstandsaufkommen ermitteln und dort ansetzen.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist eine große Herausforderung, die wir mit dem Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm für die Periode 2015 bis 2021 entschlossen angegangen sind. In diesen Programmen sind die Maßnahmen, die zur Umsetzung unternommen werden müssen, sehr konkret dargestellt.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen werden wir gemeinsam mit den betroffenen Akteuren angehen, die Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes und des Ökopunktehandels nutzen, und unsere sehr aktive Förderpolitik – insbesondere für Maßnahmen zur Gewässerrenaturierung, die vom Land mit bis zu 80 Prozent der Kosten gefördert werden – beibehalten. Um Synergien zwischen der Wasserrahmen-Richtlinie und der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie zu nutzen, werden entsprechende Maßnahmen sogar zu 100 Prozent durch das Land finanziert. Mit den betroffenen Eigentümern und Kommunen werden wir dafür im engen Dialog bleiben.

Zur Umsetzung der neuen Düngeverordnung wollen wir die sogenannten „roten Gebiete“ mit besonderen Belastungen sachgerecht und auf wissenschaftlicher

Grundlage definieren. Die Länderöffnungsklauseln werden wir nutzen, um gemeinsam mit unseren Landwirten praxisgerechte Lösungen zur Reduzierung des Schadstoffeintrags in die Gewässer zu finden. Bei nötigen Investitionen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben werden wir die Landwirte im Rahmen der Investitionsförderung unterstützen.

Uns ist wichtig, dass auch andere Schadstoffemittenten (insbesondere Kläranlagen) in den Blick genommen werden, um die Belastung unserer Gewässer mit Nitrat und Phosphor insgesamt weiter zu minimieren.

8. Zersiedelung und Flächenfraß

Mit welchen Maßnahmen und Regelungen will Ihre Partei die Zersiedelung der Landschaft und den Flächenfraß in Hessen (täglich 3,6 ha nach NABU-Erkenntnissen) stoppen? Welche Konzepte für die Stärkung ländlicher Strukturen verfolgt Ihre Partei?

Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.

9. Resilienz

Was sind ihrer Meinung nach wichtige Punkte, die in Stadtentwicklungs- und Flächenplanungszielen berücksichtigt werden sollten, um die Anpassungsfähigkeit von Städten und Regionen an ein sich wandelndes Klima zu fördern?

Dem Problem des weltweit zu hohen Verbrauchs natürlicher Ressourcen muss mit weltweiten Maßnahmen begegnet werden. Hessen übernimmt als wirtschaftsstarkes Land hierbei eine besondere Vorreiterrolle. Es muss dabei unser Ziel sein, zu zeigen, dass Maßnahmen für Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz nicht im Gegensatz zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung stehen, sondern im Gegenteil nachhaltige Entwicklungschancen und mit umweltbewussten und nachhaltigem Wirtschaften verbunden sind. Nur so werden wir andere Länder und Regionen, in denen die Ressourceneffizienz deutlich schlechter ist, als in der hessischen Wirtschaft, davon überzeugen können, ebenfalls Maßnahmen zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs einzuleiten.

Wir wollen, dass die hessische Wirtschaft ressourcenschonend arbeiten kann. Dazu werden wir die Ressourcenschutzstrategie fortsetzen und die Unternehmen unter anderem mit einer Fortsetzung des Förderprogramms „PIUS“ und der Hessischen Initiative für Energieberatung im Mittelstand‘ („HIEM“) bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Ressourcenschutz unterstützen.

Neben den genannten Maßnahmen zum Klimaschutz im Rahmen des Klimaschutzplans Hessen 2025 haben wir daher eine Vielzahl von Maßnahmen unternommen, um Belastungen der Umwelt zu reduzieren. Beispielhaft sei die Ressourcenschutzstrategie der CDU-geführten Landesregierung genannt, in der Stoffkreisläufe ganzheitlich betrachtet werden. Es gilt dabei, Ressourcenabbau, -

verarbeitung, -konsum, -verwertung und -recycling zusammenzudenken und auf allen Ebenen effiziente Maßnahmen zu identifizieren und umzusetzen, um die Ressourceneffizienz insgesamt zu steigern. Die starken Forschungs- und Entwicklungsstandorte für diesen Bereich, die in Hessen angesiedelt sind und unterstützt werden, tragen ebenso zum langfristigen Erfolg dieser Strategie bei, wie umfassende Informations- und Bildungsangebote zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das wichtige Thema des Ressourcenschutzes.

10. Plastikverbrauch

Welche Maßnahmen und welche Regelungen sollen nach Ihrer Auffassung auf Landesebene greifen, damit der Plastikverbrauch nicht weiter zunimmt, sondern rückläufig wird?

Die Reduzierung von Plastikmüll und im zweiten Schritt die deutliche Erhöhung der Recyclingquote bei Wertstoffen wie Plastik ist uns zum Schutz der Umwelt und unserer natürlichen Ressourcen ein wichtiges Anliegen. Ob der globalen Auswirkungen und Kreisläufe muss dieses Problem am besten weltweit, mindestens aber auf europäischer Ebene angegangen werden. Damit werden europaweit unter anderem ab 2030 alle Kunststoffverpackungen auf dem EU-Markt recyclingfähig sein; der Verbrauch von Einwegkunststoffen wird reduziert und die absichtliche Verwendung von Mikroplastik beschränkt. Die diesbezüglichen Vorschläge und eingeleiteten Maßnahmen der Europäischen Union, die in einer Plastikstrategie zusammengefasst werden, unterstützen wir als CDU Hessen.

Auf Landesebene setzen wir diese Maßnahmen um und flankieren rechtliche Rahmenbedingungen durch Informationskampagnen und Anreizsysteme. Wir wollen unter anderem die Kampagne „Sauberhaftes Hessen“ ausweiten und werden insbesondere die Vermeidung von Plastikmüll noch stärker ins Bewusstsein rücken. Auch den von Hessen erfolgreich implementierten „Becher-Bonus“ zur Reduzierung von Einwegbechern werden wir fortsetzen und vorantreiben.

11. Biodiversität

Mit welchen Maßnahmen und Regelungen will Ihre Partei dazu beitragen, dass der Verlust an Biodiversität, insbesondere das Insektensterben, gestoppt wird?

Die CDU-geführte Landesregierung hat mit der Biodiversitätsstrategie einen umfassenden ganzheitlichen Ansatz zum Schutz und zum Erhalt der Artenvielfalt in Hessen umgesetzt. Die Erhaltung der Biologischen Vielfalt, also einer vielfältigen Natur, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur mit Unterstützung aller, also möglichst vieler engagierter Regierungen und Parlamente auf allen Ebenen einerseits sowie aktiven Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmerinnen und Unternehmern, Verbänden, Parteien, Kirchen und sonstigen Organisationen andererseits erreicht werden. In dieser Strategie würden in allen relevanten Lebensraumtypen umfassende und konkrete Maßnahmenpakete zum Schutz der

Biodiversität eingeleitet. Für bestimmte Leitarten übernimmt Hessen dabei besondere Verantwortung. Die Darstellung der vielen Aspekte würde den Rahmen sprengen. Es sei dafür auf die Internetpräsenz www.biologischevielfalt.hessen.de verwiesen.

Die CDU Hessen anerkennt den hohen Wert von Insekten für unser Ökosystem. Der Erhalt gesunder Insektenpopulationen in Hessen ist uns daher ein wichtiges Anliegen. Maßnahmen zum Schutz von Insekten und zur Schaffung von Lebensräumen unterstützen wir daher aktiv.

Im Rahmen von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen und landwirtschaftlicher Förderung werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Schaffung zusätzlicher Lebensräume für Insekten (insbesondere bestäubende Insekten) legen. Freiwillige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Anlage von Blühstreifen, werden verstärkt unterstützt. Die Kampagne „Bienenfreundliches Hessen“, in deren Rahmen sich Landnutzer, Imker und Naturschutzverbände gemeinsam und mit großem freiwilligem Engagement für den Insektenschutz engagieren, ist hierbei vorbildhaft und wird unsere weitere Unterstützung erfahren.

12. Bildung

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei erreichen, dass die siebzehn nachhaltigen Entwicklungsziele Eingang in die verschiedenen öffentlichen Bildungseinrichtungen Hessens finden und dort im Rahmen des Unterrichts vermittelt werden?

Die Vermittlung von Wissen über natürliche Zusammenhänge im Allgemeinen und über „Nachhaltigkeit“ im engeren Sinne mit besonderem Fokus auf nachhaltiges Umwelt- und Klimaverhalten wird in Hessen aktiv und fächer- sowie altersübergreifend betrieben.

Klima- und Umweltkampagnen sollen in Bezug auf Handlungsmöglichkeiten und Transformationsbedarf informieren (wie z.B. Konsum, Energieverbrauch, Mobilität, Haushalt), Akzeptanz für das Thema schaffen und Impulse für eigene Handlungsmöglichkeiten setzen. Auch die Klima- und Umweltbildung in Schulen und Kindergärten wird erweitert. Damit steht auf allen Ebenen ein gutes Informationsangebot als Teil einer Gesamtanpassungsstrategie an klimatische Veränderungen zur Verfügung.

Wir legen größten Wert darauf, dass die bereitgestellten Informationen breit zugänglich, wissenschaftlich fundiert und neutral sind, damit den Menschen verlässliche Informationen über den Klimawandel und seine Auswirkungen zur Verfügung stehen und Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen sein können.

13. Förderung der regionalen Wertschöpfung

Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um der wachsenden Macht der „Global Player“ des Internet-Versandhandels entgegenzuwirken und den

lokalen Handel zu stützen und zu stärken, u.a. auch, um einer weiteren Verödung der Innenstädte in Hessen entgegenzuwirken?

Die Stadt- und Quartiersentwicklung ist der CDU Hessen ein wichtiges Anliegen. Grundsätzlich befürworten wir hierzu einen marktgesteuerten Ansatz, der Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen bietet, in den Stadt- und Ortszentren ein gutes Versorgungsangebot bereitzustellen. Attraktive Innenstädte mit guten Unternehmen sind noch immer in der Lage, sich im Wettbewerb durchzusetzen. Das Land und die Kommunen sind gemeinsam in der Pflicht, diesen Unternehmen gute Rahmenbedingungen anzubieten.

Die positive Entwicklung von Stadtteilen, Quartieren und kleineren Städten unterstützen wir durch eine Vielzahl von Förderangeboten. Insbesondere die Förderangebote der verschiedenen Stadtentwicklungsprogramme hat die CDU-geführte Landesregierung im Verlauf der vergangenen Legislaturperiode auf über 100 Millionen Euro pro Jahr mehr als verdreifacht. Damit wird die Lebensqualität in den Städten durch ganzheitliche Ansätze und unter enger Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung verbessert.

Durch landesplanerische Maßnahmen stellen wir zudem sicher, dass das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ zur Geltung kommt und neue zentrale Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ die Ausnahme bleiben und insbesondere den lokalen, dezentralen Einzelhandel nicht verdrängen.

Ergänzend wollen wir außerdem gemeinsam mit dem Hotel- und Gastronomieverband dem "Kneipen- und Gasthofsterben" entgegenwirken, da die Gasthäuser als Treffpunkt für Jung und Alt fungieren und oftmals Herzstück eines Dorf-/Stadtteillebens sind. Auch Nahversorgungsangebote durch so genannte „Tante-Emma-Läden“ können finanzielle Unterstützung erhalten, wenn ein marktgesteuertes Angebot nicht darstellbar ist. Hier gibt es bereits viele positive Beispiele, wie die Versorgung vor Ort mit innovativen Ansätzen sichergestellt wird und ganze Viertel und Dörfer damit aufgewertet werden. Gerade die neu geschaffenen Fördermöglichkeiten der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz werden wir dafür nutzen.

Ergänzend zu diesen Möglichkeiten setzt sich die CDU-geführte Landesregierung aber auch dafür ein, dass kleine Unternehmer und der Einzelhandel nicht durch unlautere Geschäftspraktiken und Steuervermeidung einzelner Großkonzerne unfair benachteiligt werden.

Wir setzen uns für eine gerechte Besteuerung auch internationaler Konzerne ein, weil Steuerverkürzung durch aggressive Steuergestaltung nicht nur dem Gemeinwesen Einnahmen vorenthält, sondern auch zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten ehrlich und verantwortungsvoll agierender Unternehmer führt. Dies schließt den Onlinehandel ausdrücklich mit ein.

Zusammen mit CDU-Finanzminister Dr. Thomas Schäfer setzen wir uns dafür ein, dass gegen den Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel vorgegangen wird. Betreiber von Internetmarktplätzen (wie bspw. Amazon und ebay) sollen zukünftig in Haftung genommen werden können, wenn bei ihnen tätige Händler die Umsatzsteuer nicht abführen. Die Haftung soll greifen, wenn Online-Marktplatz-Betreiber die steuerliche Registrierung eines Händlers nicht nachweisen können oder der Händler seinen steuerlichen Pflichten nicht nachkommt. Dies soll verhindern, dass die Betreiber von Internetmarktplätzen Steuerhinterziehung dulden oder begünstigen. Ein entsprechender Gesetzentwurf befindet sich derzeit in der Beratung im Bundesrat.

14. Fair gehandelte Produkte

Strebt Ihre Partei an, das Angebot an fair gehandelten Produkten in Hessen zu erhöhen und insbesondere, was den Eigenbedarf Ihrer Partei sowie von Behörden und öffentlichen Einrichtungen angeht, auf fair gehandelte Produkte zurückzugreifen?

Die CDU-geführte Landesregierung hat mit dem Projekt der CO2-neutralen Landesverwaltung eine Vorbildrolle für klimaschonendes und umweltbewusstes Wirtschaften eingenommen.

In allen Vergabeverfahren spielen Klimaschutz und Umweltbewusstsein eine wichtige Rolle. Wir haben sichergestellt, dass Produkte und Dienstleistungen unter konsequenter Anwendung der Kriterien „nachhaltig“ und „fair“ beschafft und sie ständig im Sinne der Nachhaltigkeit verbessert werden. Für verschiedene Produktgruppen, wie z.B. Kraftfahrzeuge, Computer, Monitore und Bürogeräte wurden ein Leitbild aufgestellt und Produktleitfäden entwickelt.

15. Steuerflucht

Welche landesrechtlichen Maßnahmen (z.B. Einstellung von mehr Steuerprüfern; Ankauf von CDs) verfolgt Ihre Partei, um der Steuerflucht Einhalt zu gebieten?

Die CDU-geführte Landesregierung räumt der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und dem Vorgehen gegen aggressive Steuergestaltung höchste Priorität ein. Steuerhinterziehung ist eine Straftat, die wir weiterhin konsequent bekämpfen werden. Wir werden auch zukünftig gegen aggressive Steuergestaltung vorgehen, da es dem Prinzip der Steuergerechtigkeit widerspricht, wenn sich Einzelne einseitig zulasten der Gemeinschaft einer der Leistungsfähigkeit entsprechenden Besteuerung entziehen.

Die Finanz- und Steuerverwaltung wurde in den vergangenen Jahren massiv verstärkt und hat erfolgreich gearbeitet. Auch in den nächsten Jahren werden wir jedes Jahr hunderte junge Menschen einstellen und ausbilden, um Hessens schlagkräftige Steuerverwaltung weiter zu stärken. Unter anderem wurden mit 650 neuen Anwärtern in 2017 sowie jeweils 700 neuen Anwärtern in 2018 und 2019 so

viele neue Steuerbeamte eingestellt, wie nie zuvor. Mit der Einstellung von 100 zusätzlichen Betriebsprüfern, der Einrichtung von Ermittlungsgruppen aus ämterübergreifenden Experten aus Steuerfahndung und Betriebsprüfern, die an besonders komplexen Fällen arbeiten und allein durch ihre Arbeit ein steuerliches Mehrergebnis von rund 1,8 Milliarden Euro erzielt haben, und mit dem Programm „+50 für Steuergerechtigkeit“ für 50 weitere Spezialisten, z.B. mit Spezialwissen im Bereich „Steuroptimierung“ oder „Steuerflucht“, hat das Land Hessen unter Führung der CDU ein klares Signal gesetzt, dass Steuerhinterziehung und Steuervermeidung hier entschlossen bekämpft werden. Diese Arbeit kann in Einzelfällen auch durch den Ankauf von Daten flankiert werden, wo dies sinnvoll ist.

16. Verantwortung für die Welt

Welche Maßnahmen und Initiativen würden Sie fördern, um global zu mehr sozialer Gerechtigkeit, der Bekämpfung von Hunger und Armut und der Erhaltung von natürlichen Lebensgrundlagen kleiner Produzenten beizutragen, die in vielen Regionen durch das Agieren internationaler Konzerne gefährdet sind?

Wir treten für eine zunehmend integrierte Weltwirtschaft mit einem freien und gerechten Welthandel ein und wollen Institutionen wie die Welthandelsorganisation stärken. Für Deutschland ist die Sicherheit internationaler Handelswege ein vitales Interesse. Damit wird es unserem Land besser möglich, sich an der weltweiten Mehrung von Wohlstand zu beteiligen. Zugleich fördert freier und gerechter Handel die Überwindung von Armut und trägt damit zur ökonomischen und politischen Stabilisierung von Staaten bei, die sonst zu scheitern drohen.

Es liegt in Deutschlands Interesse, bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen vieler Länder wie Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Krieg, Terrorismus oder Staatszerfall mitzuwirken. Unsere Entwicklungspolitik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ruht auf drei Säulen: Erstens der Verantwortung für die unter Armut Leidenden und für die Schöpfung auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes; zweitens der Abwehr von Risiken und drittens der Stärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Partnerschaften. Entwicklungspartnerschaft bedeutet für uns, dass wir eigene Reforminitiativen stärken und Mitverantwortung der Entwicklungsländer einfordern

Enger Partner Hessens ist hierbei das Entwicklungspolitische Netzwerk e. V. (EPN), das eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen unter einem Dach vereint und auch finanziell durch das Land unterstützt wird. Die hessische Landesregierung unterstützt in diesem und im kommenden Jahr insbesondere kleinere entwicklungspolitische Initiativen mit rund 860.000 Euro pro Jahr. Wir haben die Mittel für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in dieser Legislaturperiode damit nahezu verdreifacht. Grundlage hierfür sind die vor wenigen Monaten vorgestellten entwicklungspolitischen Leitlinien.